Landtag
Nordrhein-Westfalen
17. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 17/1732
10.02.2022

Hauptausschuss

90. Sitzung (öffentlich)

10. Februar 2022

Düsseldorf – Haus des Landtags

9:35 Uhr bis 12:01 Uhr

Vorsitz: Dr. Marcus Optendrenk (CDU)

Protokoll: Carolin Rosendahl

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **7**

Der Ausschuss kommt überein, die Reihenfolge in der ursprünglichen Tagesordnung zu ändern und TOP 2 – Thema: „Online-Casinospiel Gesetz“ – als TOP 9 und TOP 9 – Thema: „Jahresprogramm der Landeszentrale für politische Bildung“ – als TOP 2 aufzurufen.

Der Ausschuss verständigt sich darauf, TOP 4 nicht zu behandeln, da der federführende Ausschuss bereits über den Gesetzentwurf abgestimmt hat.

1 Demokratie leben, Demokratie schützen, für Demokratie werben – Politische Bildung muss alle mitnehmen! **8**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/815

Ausschussprotokoll 17/214 (Anhörung vom 15.03.2018)

In Verbindung mit:

Demokratiefördergesetz 2.0 – Demokratinnen und Demokraten brauchen kontinuierliche Demokratieförderung!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/3809

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/16512

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Die antragstellende Fraktion nimmt Antrag Drucksache 17/815 zurück.

Der Ausschuss lehnt Änderungsantrag Drucksache 17/16512 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

Der Ausschuss lehnt Antrag Drucksache 17/3809 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

2 Vorstellung des Jahresprogramms der Landeszentrale für politische Bildung 11

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6429

– Wortbeiträge

3 Gesetz über die Transparenz der Finanzierung kommunaler Wählergruppen und zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften 18

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/15264

Ausschussprotokoll 17/1675 (Anhörung vom 09.12.2021)

– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, in der nächsten Sitzung über den Gesetzentwurf abschließend zu beraten und abzustimmen.

4 Gesetz zur Änderung des Verfassungsgerichtshofgesetzes und des Landesbeamtengesetzes im Zusammenhang mit einer weiteren Verselbstständigung des Verfassungsgerichtshofs für das Land Nordrhein-Westfalen 20

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/16294

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/16424

– Verfahrensabsprache

– wird nicht behandelt

5 Zweiter Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge (Zweiter Medienänderungsstaatsvertrag) 21

Antrag
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag gemäß
Artikel 66 Satz 2 der Landesverfassung
Drucksache 17/16231

– Verfahrensabsprache

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen aller Fraktionen, sich wegen der Coronapandemie nachrichtlich an der vom federführenden Ausschuss beschlossenen Anhörung zu beteiligen.

6 Kampf gegen Antisemitismus ohne Scheuklappen – antijüdische Ressentiments in all ihren Ausformungen entlarven, anprangern und kompromisslos sanktionieren. 22

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/16273

– Verfahrensabsprache

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss bestätigt das in der Obleuterunde besprochene Verfahren zur Durchführung einer Anhörung, für die die Sachverständigen inzwischen schon benannt worden sind.

7 Sachstand Frauenförderung in der Staatskanzlei *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage])* **23**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6433

– Wortbeiträge

8 Bericht der Landesregierung zum Sachstand der Evaluation der Beratungsstrukturen gegen Rechtsextremismus und Rassismus 28

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6418

In Verbindung mit:

Bericht der Landesregierung zu Neuerungen im Bereich der Islamismusprävention

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6428

– Wortbeiträge

9 Gesetz über die Zulassung von Online-Casinospielen im Land Nordrhein-Westfalen (Online-Casinospiel Gesetz NRW – OCG NRW) 30

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/16293

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD zu.

10 Verschiedenes 35

a) Hinweis auf an die Sitzung anschließenden Workshop zum Demokratiebericht 35

b) Information zu zusätzlichem Sitzungstermin 31.03.2022 35

* * *

3 Gesetz über die Transparenz der Finanzierung kommunaler Wählergruppen und zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/15264

Ausschussprotokoll 17/1675 (Anhörung vom 09.12.2021)

– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)

(Überweisung des Gesetzentwurfs an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen – federführend – sowie an den Hauptausschuss am 01.10.2021)

Vorsitzender Dr. Marcus Optendrenk informiert, neben der Auswertung der Anhörung könne heute oder in der nächsten Sitzung über den Gesetzentwurf abschließend beraten und abgestimmt werden, da der federführende Ausschuss erst danach votieren werde.

Aus seiner Sicht stehe einer Abstimmung in der heutigen Sitzung nichts entgegen, erklärt **Daniel Hagemeier (CDU)**. Die überwiegende Mehrheit der Sachverständigen erkenne die Notwendigkeit der gesetzlichen Änderungen an.

Gleichwohl kündige er einen Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP an, der geringfügige Anpassungen enthalten werde, mit denen die in der Anhörung geäußerten konstruktiven Kritikpunkte aufgegriffen würden.

Dem Grundanliegen, mehr Transparenz der Finanzierung kommunaler Wählergruppen bewirken zu wollen, stehe seine Fraktion ebenso wie den Regelungen zu Einzelbewerbungen von Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeistern und Landrätinnen und Landräten sowie zu direkter Demokratie positiv gegenüber, bemerkt **Professor Dr. Rainer Bovermann (SPD)** einleitend. Unter anderem die kommunalen Spitzenverbände verwiesen allerdings auf handwerkliche Mängel bei dem vorliegenden Gesetzentwurf, weshalb die SPD-Fraktion den konstruktiven Verbesserungsvorschlägen der regierungstragenden Fraktionen entgegensehe und sich bei einer heutigen Abstimmung enthielte.

Bei der Kritik gehe es unter anderem darum, ob das harte Kriterium „Ausschluss einer Wählergruppe“ aufrecht erhalten werden solle, ob die Rechenschaftsberichte wirklich beim Präsidenten des Landtags eingereicht werden sollten sowie um komplizierte Unterschiede zwischen Rechten und Pflichten von Parteien und Wählergruppen.

Außerdem werde bemängelt, dass bei Bürgerbegehren neben den Vertretungsberechtigten auch die Antragsteller belangt werden könnten. Mehr Demokratie e. V. rege

zudem an, es statt der Regelung in § 26 der Gemeindeordnung bei einer eidesstattlichen Versicherung zu belassen.

Nach den Worten von **Angela Freimuth (FDP)** könne die Abstimmung erst in der nächsten Sitzung erfolgen, da sie es für nachvollziehbar halte, dass die angekündigten Änderungen vorliegen müssten, damit dem Gesetzentwurf angesichts der grundsätzlich positiven Haltung zum Thema zugestimmt würde.

Der Ausschuss kommt überein, in der nächsten Sitzung über den Gesetzentwurf abschließend zu beraten und abzustimmen.